

Marshallplan: Aiginger für Freizonen in Europas Nachbarländern

Utl.: Querdenker: "Brauchen Alternativen, wenn wir Mittelmeerroute schließen wollen" - Europäische Länder und internationale Organisationen sollen Patenschaften für Wirtschaftszonen übernehmen

Wien (APA) -

Europa soll gemeinsam mit internationalen Organisationen und den jetzigen Krisenländern in sicheren Gebieten wirtschaftliche Freizonen initiieren. Diese Idee bringt Karl Aiginger von der Querdenkerplattform Wien - Europa im Gespräch mit der APA ins Spiel. Geplant ist, dass Flüchtlinge in diesen Zonen Arbeit nahe der Heimat finden.

Die Kosten sollen durch einen internationalen Fonds getragen werden, zu dem Europa eine Starthilfe gibt, erklärt Aiginger - außerdem soll es eine Sicherheitsgarantie durch die Europäische Zentralbank (EZB) geben. Einzelne europäischen Länder, die EU aber eventuell auch Russland übernehmen in Aigingers Modell gemeinsam mit internationalen Organisationen Patenschaften für Aiginger eine oder mehrere dieser Zonen, außerdem sind sie mit Management behilflich. Schutz soll etwa von der UNO kommen.

Laut Prognosen würden 80 Millionen Menschen überlegen, aus Afrika auszuwandern, erklärt Aiginger: "Entweder wird Europa von einem Kontinent, der leidet, überschwemmt - oder Europa investiert in diesen Kontinent und schaut, dass er ein Partner wird. Wenn wir die Mittelmeerroute schließen wollen, brauchen wir eine Alternative auf der anderen Seite des Meeres."

Diese Alternative könnten Freizonen in Nordafrika oder den arabischen Ländern sein: "Infrage kommen Länder, die nicht in der EU sind, sicher nicht beitreten werden, aber irgendeine Form der Anbindung in beiderseitigem Einvernehmen suchen." Das wäre, so Aiginger, für Europa eine nahe Globalisierung: "Ein dynamischer Markt vom Schwarzmeerraum über den Nahen Osten und Nordafrika mit fünf bis zehn Prozent Wachstum pro Jahr, für die man nicht bis China oder Indien gehen müsste." Die Planung für die Zonen sollen europäische Länder gemeinsam mit den Regierungen vor Ort vornehmen.

Konkret schwebt dem Wirtschaftsexperten vor, dass Waren, die in diesen Freizonen produziert werden, zollfrei nach Europa kommen und dass europäische Standards nach Möglichkeit eingehalten werden. "Das wäre in etwa das, was Amerika mit dem Marshallplan gemacht hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg wusste man: Entweder Europa erholt sich, dann wird es ein Absatzmarkt für die USA und zum Freund Amerikas werden. Oder Europa erholt sich nicht, dann wird es dem Kommunismus verfallen."

In den Freizonen könnten die Menschen in arbeitsintensiven Segmenten tätig werden, die keine großen Maschinen brauchen. Aiginger: "Für den Start wäre das etwa die Textilindustrie oder einfache Handwerksbetriebe." In weiterer Folge könne man mit der Produktion von Solarpanelen oder Baustoffen beginnen - bis man bei Sparten landet, die eine höhere

Qualifikation erfordern, wie etwa dem IT-Bereich. "Das Programm wird von Land zu Land unterschiedlich sein. Auch eine Lehrausbildung könnte man sich überlegen."

Die Kosten für die ersten fünf Jahre des Projekts beziffert **Aiginger** mit rund 50 Milliarden Euro, die in einen von der EU aufgestellten Fonds fließen sollen. "Aufgeteilt auf 30 Länder ist das nicht so ein großer Betrag. Ich traue mich aber zu sagen, dass die Kosten, die wir aufwenden müssten um die Flüchtlingskrise zu bewältigen, um ein Mehrfaches höher wären", glaubt **Aiginger**. Europa müsse nun das Heft in die Hand nehmen: "Am besten geht das dann mit einem gemeinsamen Beschluss der EU-Kommission, des Rates und der Parlamentes."

Was das Echo auf diese Pläne angeht, so rechnet **Aiginger** damit, dass etwa die Hälfte der europäischen Länder Freizonen als Chance sieht - auch wenn er einräumen muss, dass er von den osteuropäischen Ländern, die schon bei der Verteilung der Flüchtlinge auf die Bremse gestiegen sind, "noch nichts Positives" dazu gehört hat. Auch Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) wisse von der Idee, so **Aiginger**: "Seine Flüchtlingszonen sind von der Idee her nicht ganz etwas anderes. Aber er verwendet eher das Wort Australien, es wird dann damit verbunden, dass man die Leute mit Gewalt dorthin bringen muss. Das soll aber nicht so sein, dass das ein Gefängnis ist, es muss eine Zone sein, in die potenzielle Flüchtlinge gerne gehen, weil sie dort arbeiten können und näher bei Verwandten und Heimat sind."

Verbunden mit den Freizonen soll es auch ein Programm, ähnlich dem Fulbright-Programm der USA vor 70 Jahren, geben, bei dem die akademische Elite und qualifizierte Facharbeiter nach Europa kommen und sich dort weiterbilden: "Mit der Absicht, dass die Leute die europäische Kultur und Vielfalt kennenlernen - wir haben aber auch genauso viel von anderen Kulturen zu lernen."

Wie genau das Modell der Freizonen funktionieren wird, könne man im Voraus nicht sagen, gibt **Aiginger** zu: "Es ist einmal ein Experiment - aber es ist sicher die bessere und billigere Idee als die derzeitige, Zäune zu bauen und darüber zu jammern, den Ring of Fire um Europa herum zu haben."